

EDITORIAL

Liebe Leser,

im Philosophiebrieft diesen Monats liegt der thematische Schwerpunkt auf Fragen, die uns im Zusammenhang unserer Rolle als Bürger betreffen.

Ein Unmaß neuer Gesetzesvorlagen und Verordnungen zu den unterschiedlichsten Inhalten steht an, und doch sind es vor allem Fragen der sozialstaatlichen Versorgung, die für die öffentliche Diskussion im Zentrum stehen.

Wir wollen hier exemplarisch zwei herausnehmen und aus philosophischer Perspektive genauer betrachten. Vorweg finden sich einige grundsätzliche Gedanken zu Funktion und Grenzen eines Staates an sich, vor deren Hintergrund sich leichter weiter denken lässt.

Abschließend unserer Literaturliste, der sich bewusst mit einem Thema auseinandersetzt, auf das der Staat naturgemäß keinen Einfluss hat.

Doch nun: Lassen Sie sich zum Weiterdenken anregen. Ihr Feedback ist jederzeit herzlich willkommen.

Ihre

Renate Miethner
miethner@philosophieberatung.de

Bonn, den 01.02.06



Justitia - manchmal ein Symbol staatlicher Macht.

DER STAAT: WAS ER IST, UND WOZU ER (NICHT) DA IST

Die grundlegende philosophische Frage, was der Staat sei, und welche Funktionen und Grenzen er habe, ist nach wie vor aktuell. Sie beschäftigt sich damit, worin die Aufgaben, die Rechte und Pflichten eines Staates liegen, und worin seine Begründung und Rechtfertigung bestehen. Sie bietet die notwendige Grundlage, im jeweiligen Einzelfall zu klären, wo der Staat eingreifen und wann er sich zurückziehen muss – eine Aufgabe, die sich praktisch täglich stellt, wenn der mündige Bürger mit Forderungen nach mehr oder auch weniger „Staat“ in seinen Lebenszusammenhängen konfrontiert wird.

Nach den Überlegungen Kants ist ein Staat zunächst einmal schlicht die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen. Dabei ist es unstrittig, dass die einzelnen Menschen als mitgesetzgebende Glieder niemals bloß als Mittel, sondern stets zugleich als Zwecke an sich selbst anzusehen und zu behandeln sind (Kant, Rechtslehre, § 45 und § 55). Ein Staat ist dazu da, dass der Mensch unter gesetzlicher Ordnung in rechtlich verbindlichen Verhältnissen frei sein kann (Rechtslehre, § 47). In der Vereinigung der drei verschiedenen Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative), durch die der Staat sich selbst „nach Freiheitsgesetzen bildet und erhält“, bestehe das „Heil des Staates“. Hierunter versteht Kant „den Zustand der größten Übereinstimmung der Verfassung

mit Rechtsprinzipien ... , als nach welchem zu streben uns die Vernunft verbindlich macht“ (Rechtslehre, § 49). Als Aufgabe eines Staates kann es demnach nicht angesehen werden, für größt-mögliche allgemeine Glückseligkeit zu sorgen – eine Position, von der die allgemeine öffentliche Diskussion nicht selten abweicht.

Zur Klärung der im Folgenden exemplarisch aufgeworfenen Fragen ist es nicht nur dringend anzuraten, sondern vielmehr unerlässlich, sich mit grundlegenden Überlegungen zur Staatsfunktion eindringlich auseinander zu setzen. Versteht man einen Staat als „Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“, so ist mit diesem Verständnis zugleich auch die Forderung nach Prüfung der einzelnen Handlungsdirektiven, Regeln („Maximen“) und Rechtsgesetze auf ihre prinzipielle Tauglichkeit verbunden, als Grundlagen allgemeiner Gesetzgebung zu fungieren.

Eine solche Überprüfung kann und muss konsequenterweise bedeuten, folgende Überlegungen zu klären: sind die in Frage stehenden Handlungsregeln (die eines einzelnen Menschen wie auch die Rechtsgesetze eines Staates) erstens allgemein gültig, sind sie zweitens notwendig, und sind sie drittens widerspruchsfrei (d.h., sind sie als allgemein verbindlich denkbar, ohne widersprüchlich zu werden).

Forts. von S.1: Der Staat: Was er ist, und wozu er (nicht) da ist

BEDEUTUNG UND STELLENWERT VON ARBEIT

Lässt sich ein Begriff wie der des „Gemeinwohls“, der gerne und häufig im Zusammenhang der vermeintlichen Aufgaben eines Staates wie selbstverständlich ins Spiel gebracht wird, inhaltlich bestimmen? Ist der Mensch als Staatsbürger reiner Aufgabenerfüller, bloßer Funktionär? Was sind Einzel- oder Partikularinteressen? Nach Rousseau jedenfalls erschöpft sich der „Wille aller“ („volonté générale“) nicht in der Summe aller Einzel- oder Individualwillen. Was aber stellt dieser „Wille aller“ oder „Allgemeinwille“ dar?

Lassen sich Eingriffe (seien sie auch räumlich oder zeitlich begrenzt) eines Staates in Grundrechte eines jeden Menschen unter Berufung auf mögliche oder erforderliche Abwendung von Gefahren (Naturgeschehnisse oder Handlungen von Menschen) grundsätzlich rechtfertigen? Darf dem Einzelnen das Recht auf freie Wahl und Bestimmung seines Aufenthaltsortes aberkannt werden, z.B. im Falle von drohenden Naturereignissen wie Überflutungen oder Erdbeben?

Wozu ist ein Staat verpflichtet und wozu berechtigt? Kann es Interessen eines Staates geben, die eine Aufweichung oder gar Aufhebung datenschutzrechtlicher Bestimmungen rechtfertigen? Ist ein Staat etwas anderes oder mehr als die Gesamtheit und der Zusammenschluss seiner Bürger? Und was ist zu verstehen unter der Willensbekundung, dem Staat dienstbar zu sein? Worin besteht der Dienst des Staatsdieners und wem dient ein Staatsdiener?

Der Katalog an Fragen ist umfangreich. Bemerkenswert und bedenklich ist die Tatsache, dass trotz einer großen Tradition staatsphilosophischen Denkens das gegenwärtige Bewusstsein um Funktion und Grenzen von Staatsgebilden auffällig brach liegt. Die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Überlegungen zur Staatlichkeit wäre vor diesem Hintergrund nicht nur wünschenswert, sondern angesichts von Fragen der Globalisierung und des Zusammenwachsens von Einzelstaaten zu übergeordneten Verbänden geradezu notwendig.

Renate Miethner

Im Zuge anhaltender Krisenbelastung auf dem Arbeitsmarkt und der nicht selten reißerischen öffentlichen Auseinandersetzung mit unterstellter Arbeitsunwilligkeit, offensichtlicher Überbürokratisierung der Vermittlungsagenturen und vermeintlich unvermeidlichen Entlassungswellen zur Betriebsoptimierung, verschwindet das Bewusstsein um die zentrale Bedeutung der Arbeit für den Menschen nahezu uneingeschränkt. Der Arbeitstätige oder Arbeitslose verschwindet hinter statistischen Werten und ökonomischen Überlegungen. Der Mensch hinter den Zahlen wird zum passiven

seiner Energie und Schaffenskraft „ausleben“ kann. Und sie bietet Orientierung, ermöglicht Positionierung im Leben und wirkt dem Gefühl, sich verloren zu glauben, entgegen. Gerade in der Vielzahl möglicher Arbeitstätigkeiten eröffnet sich dem Menschen ein weites Feld, konkrete Zwecke zu setzen bzw. zielgerichtet und zweckorientiert zu handeln.

Dabei ist zu bedenken: Der Mensch ist ein sich Zwecke setzendes Wesen, und zwar ein solches, das nicht zugleich mit der bloßen Errichtung eines Gedankens auch schon die Verwirklichung



Oft unterschätzt: Der Wert der Arbeit für den Menschen.

Erfüllungsgehilfen für die Interessen von Politik, Konzernen und Gewerkschaften, und so zum Mittel für fremde Zwecke degradiert. Nicht gering ist aber auch der Einfluss solcher Degradierung auf das Denken der Betroffenen, und nicht selten wird aus den Augen verloren, welchen Stellenwert die Arbeit im menschlichen Leben eigentlich haben könnte und sollte.

Beschränkt man den Begriff der Arbeit auf Mehrwert erbringende Erwerbstätigkeit, so verkürzt man ihn ungebührlich. In der Arbeit bietet sich dem Menschen vielmehr die Gelegenheit und Möglichkeit, Erfolg in vielfacher Hinsicht zu generieren: zum einen fraglos in materiell-finanzieller Hinsicht, zum anderen aber auch unter schöpferischen Gesichtspunkten. Der Mensch kann sich schöpferisch und schaffend betätigen, aktiv sein, etwas leisten. Arbeit bietet den Raum, in dem der Mensch

desselben zustande bringt. Er ist zwangsläufig immer auch ein tätiges, ein handelndes Wesen. Und er ist – in den Worten Kants - niemals bloß als Mittel, sondern stets zugleich auch als Zweck an sich selbst zu betrachten. Vor dieser Betrachtung seiner selbst jedoch, vor allem aber seiner Mitmenschen, schreckt er offenbar nur allzu gern zurück. Denn um der Zurückgeworfenheit auf sich selbst vermeintlich entgehen zu können, positioniert sich der Mensch zunehmend als Mittel, das für anderes „benötigt“ wird. Seine Haltung der Arbeit gegenüber trägt so den unangenehmen Beigeschmack kruder Sklavenmoral, und diese ist es dann auch, von der die öffentliche Diskussion stillschweigend bestimmt wird. Essentiell für jedwedes menschliche Leben jedoch ist genau das Gegenteil.

Arbeit kann als vermeintlicher Selbstzweck angesehen werden, aber auch als bloße,

Forts. von S.2: Bedeutung und Stellenwert von Arbeit

mithin lästige Mühsal und „Pflicht“. Nicht zuletzt aber kann Arbeit auch als Mittel verstanden werden, um etwas ganz anderes erreichen oder verwirklichen zu können - z.B. sich und seine Familie zu versorgen, sich zu beschäftigen, seine Zeit vermeintlich sinnvoll zu nutzen, oder gar sich zu vervollkommen. Arbeit mag als lästiges „Wohl oder Übel“, als Zwang angesehen werden oder als freudebringende Muße - in jedem Falle stellt Arbeit aber die Folie dar, vor deren Hintergrund „freie“ Zeit genossen und wertgeschätzt werden kann. Etwas geleistet, vollbracht, erreicht zu haben, all dies sind Charakteristika von Arbeit. Sie wird so zur Rechtfertigungsgrundlage,

vor der man vermeint, sich etwas gönnen zu dürfen, etwas „verdient“ zu haben.

Um im vollständigen Wortsinne Mensch als homo faber zu sein und sich als solcher in Ausschöpfung seiner Möglichkeiten akzeptieren und rechtfertigen zu können, ist Arbeit als ein unverzichtbarer Bestandteil eines menschlichen Lebens zu begreifen, das auf dieser Grundlage als gelungen und glücklich charakterisierbar wird. Hier hätte die öffentliche Diskussion anzusetzen, um auf humanere Weise mit der bestehenden Problematik umgehen und Lösungen erarbeiten zu können.

Renate Miethner

BRAUCHT DEUTSCHLAND MEHR KINDER?

Die Forderung nach Bevölkerungszuwachs und ein allgemeiner Klage-ton angesichts offensichtlich zu geringer Geburtenzahlen, steht derzeit praktisch unhinterfragt im öffentlichen Raum. Das „Wozu“ und „Warum“ wird dabei ausschließlich in den Folgen und Auswirkungen der vielzitierten demographischen Entwicklung für heutige und künftige Generationen verortet. Das Damoklesschwert über unserer Altersversorgung hängt am seidenen Faden – das jedenfalls will man anscheinend so sehen.

Nüchtern betrachtet, lässt sich eine solche Forderung nach einem Mehr an Kindern leicht als der Ruf nach „Futter“ für ein in seinen Grundlagen krankendes Wirtschafts- und Versorgungssystem entlarven. Wir brauchen anscheinend unsere Kinder in erster Linie als Mittel zum Beharren auf einer offenbar nicht zur Disposition stehenden Form der Ökonomie – und das mit Aussichten auf wohl allenfalls dürftigen und mittelfristigen Erfolg.

Was erstaunt und geradezu erschüttern muss, ist die im Kern menschenverachtende Selbstverständlichkeit, mit der hier der Ruf nach höheren Geburtenraten an die Stelle eines Überdenkens und grundsätzlichen Neu-Gestaltens bestehender Konstellationen tritt, die allem Anschein nach den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügen. Dass durch eine solche Forderung allerdings gerade die Kinder, deren möglichst umfangreiche Zeugung man da anpeilt, zu bloßen Mitteln herabgewürdigt und so in ihrer Natur als Menschen verkannt und degradiert werden, bleibt bei aller Diskussion außen vor.

Man fragt sich, wo der Einwand bleibt. Die Forderung nach mehr Kindern hätte zunächst einmal der Forderung nach der Errichtung besserer Bedingungen der Ökonomie zu weichen. Die philosophische



Mutter und Kind: Skulptur von Henry Moore.

Maxime, einem Ideal des Guten nachzustreben, bleibt nicht nur ungehört – sie wird erst gar nicht angedacht. Stattdessen wird der Ruf nach „mehr Kindern“ unhinterfragt und ohne weiteres Nachdenken zum Problemstand erhoben, für gültig verkauft und angesehen. Wer hier nicht ins Erschrecken gerät und vehementen Einspruch erhebt, verschwendet nicht nur die Möglichkeit seiner eigenen Stimme, sondern trägt aktiv mit dazu bei, die Entmenschlichung der Verhältnisse beständig mit voranzutreiben. Vernunft jedenfalls ist das Erste, was hier verloren geht.

Renate Miethner

Literaturempfehlung

Vladimir Jankélévitch leistet in seinem jetzt erstmals in deutscher Übersetzung erhältlichen Band „Der Tod“ eine umfassende und einschlägige Bestandsaufnahme von Denkansätzen zur Problematik des eigenen Todes. Kennzeichnend für dieses Hauptwerk des französischen Denkers ist die konsequente Abgrenzung von dogmatischen Ansprüchen auf Letztgewissheit, sowie der Versuch einer grundsätzlichen Anerkennung des Phänomens „Tod“ in seiner Unbegreifbarkeit.

Gemäß der ureigenen Aufgabe der Philosophie, Klarheit darüber zu verschaffen, welche Erwartungen und Ansprüche an Phänomene herangetragen werden müssen, fragt Jankélévitch systematisch danach, was in der Auseinandersetzung und der Beschäftigung mit dem eigenen Tod begründbar erwartet werden darf. Mit den Maßstäben Kants gedacht, hat der Philosoph dabei zunächst Ursprung, Umfang und Grenzen seines Untersuchungsgegenstandes zu bestimmen, um aufzeigen zu können, warum über dasjenige geschwiegen werden muss, worüber grundsätzlich kein Sprechen möglich ist. Die Notwendigkeit und Unumgebarkeit des Schweigen-Müssens ermöglicht dann erst reines Staunen, Sich-Wundern, Bewundern des Geheimnisvollen, Mysteriösen und Unergründlichen.

Jankélévitch drückt es so aus: „Offenkundig auch, aber doch hartnäckig verborgen, ist für die Menschen das Mysterium des Todes. Manchmal meinen wir, dass das Mysteriöse dieses Mysteriums auf einem Missverständnis beruhe, und wir selbst mit unseren Komplikationen dieses Missverständnis verursacht hätten“. Der Tod erklärt sich als unumstößliche Gewissheit, die das vernunftbegabte Lebewesen in seiner Endlichkeit seit jeher beschäftigt, meist erschüttert und grundlegend in Frage zu stellen scheint.

Den eigenen Tod „erlebt“ man nicht. Denken über etwas, das niemals ein Wahrnehmbares sein kann, ist reine Spekulation, die sich jedweden Erkenntnisanspruches enthalten muss. Bedeutet dies aber dann nicht auch zugleich, dass man in seinem Erkenntnisstreben grundsätzlich enttäuscht sein muss, will man sich philosophisch mit dem Tod auseinandersetzen? Jankélévitch leistet genau an dieser Stelle einen entscheidenden Beitrag, indem er aufzeigt, welche Grenzen des Erkennens zuvor zu ziehen sind, und was von dorthin dann erwartet werden kann.

Vladimir Jankélévitch: Der Tod
573 Seiten, Suhrkamp 2005
ISBN: 3518584464